



Theo Mechtenberg

Streit in der polnischen Kirche um eine Inthronisation Jesu Christi

Am 19. November, am Vorabend des Christkönigsfestes und zum Ausklang des Jahrs der Barmherzigkeit sowie im Rahmen der Festlichkeiten zum 1050. Jubiläum der „Taufe Polens“, werden Polens Bischöfe im Krakauer Sanktuarium der Göttlichen Barmherzigkeit in einem feierlichen Akt die Inthronisation Jesu Christi verkünden. Was auf den ersten Blick wie eine theologisch etwas merkwürdige paraliturgische Handlung anmutet, erweist sich bei näherem Hinsehen als ein Vorgang von höchster Brisanz.

Jesus Christus – König Polens?

2006, zu einem Zeitpunkt, als Jarosław Kaczyński von der nationalkonservativen Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) die Regierungsgeschäfte übernommen hatte, stellte eine Gruppe von 43 national-katholischen Sejmagbeordneten den Antrag, durch einen Parlamentsbeschluss Jesus Christus zum König Polens auszurufen. Zur Begründung berief sie sich auf die „Taufe Polens“ im Jahr 966, wodurch Land und Leute „der Herrschaft Christi unterworfen“ und Polen zu einem „christlichen Staat“ geworden sei. Somit sei die „Identität“ der polnischen Nation „unlösbar mit dem katholischen Glauben verbunden.“³³

Diese Initiative fand jedoch keine Mehrheit. Abgesehen von seiner theologischen Fragwürdigkeit und seiner mit einem pluralistischen Demokratieverständnis unvereinbaren Nähe zur Vorstellung eines katholischen Bekenntnisstaates, stellte dieser Vorstoß eine Kompetenzüberschreitung und Einmischung in die kirchliche Zuständigkeit dar. Er stieß daher nicht nur auf den Widerstand breiter, liberal gesinnter gesellschaftlicher Kreise, sondern gleichfalls auf den Widerspruch von Bischöfen – wofür diese sich den Vorwurf einhandelten, den katholischen Glauben und die nationale Tradition zu verraten. Durch Demonstrationen sowie durch Sammlung von Unterschriften versuchten dennoch Befürworter dieser Initiative außerparlamentarisch, ihrem Anliegen Gewicht zu verleihen – eine Bemühung, die bis heute anhält. Wenngleich es damals nicht zu der geforderten Inthronisation kam, so trugen und tragen doch diese Aktivitäten zu einer verschärften Polarisierung in Gesellschaft und Kirche bei.

Berufung auf die Privatoffenbarung einer Mystikerin

Grundlage der verlangten Inthronisation bilden die Privatoffenbarungen der Mystikerin Rozalia Celakówna (1901–1944), deren Seligsprechungsprozess unlängst auf diözesaner Ebene zum Abschluss kam, ohne dass dieser Akt eine kirchliche Anerkennung ihrer Privatoffenbarungen einschließen würde, von denen sie ihrem Beichtvater in den Jahren vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wiederholt berichtet hat. In ihnen heißt es – wohl unter dem Eindruck des 1925 eingeführten Christkönigsfestes - Jesus habe ihr die Mission seiner Inthronisation als König aller Völker, beginnend mit Polen, anvertraut. Diese sei für die gesamte Nation gemeinsam von Staat und Kirche zu vollziehen. Nur so könne Polen vor einem nahenden Krieg gerettet werden; anderenfalls drohe ein göttliches Strafgericht, weil Staat und Kirche es versäumt hätten, durch eine Inthronisation Christi einen Weltkrieg mit seinen verheerenden Folgen für Polen und die Welt abzuwehren.

³³ Marek Zajac, Jezus nie chce być władzą (Jesus will kein Herrscher sein), Tygodnik Powszechny v. 31. Dezember 2006.

Bildung einer Arbeitsgruppe zu den gesellschaftlichen Aspekten einer Inthronisation Jesu Christi als König Polens

Was vor dem Zweiten Weltkrieg versäumt worden war, das wollten jene 43 national-katholischen Sejmabgeordneten 2006 mit ihrem Antrag, Jesus Christus als König Polens auszurufen, nunmehr nachholen. Die Bischofskonferenz reagierte auf diese Initiative mit der Bildung einer Arbeitsgruppe, die sich mit den gesellschaftlichen Aspekten der geforderten Inthronisation befassen sollte. Den Vorsitz übernahm bis zu seiner Emeritierung im Jahr 2013 der Breslauer Erzbischof Marian Gołębiewski.

Dass es die vorrangige Aufgabe dieser Arbeitsgruppe sein sollte, die gesellschaftlichen Auswirkungen einer etwaigen Inthronisation zu untersuchen und zu beurteilen, erklärt sich aus der berechtigten Sorge ihrer politischen Instrumentalisierung. Würde man Jesus Christus zum König Polens ausrufen, so die Vermutung, dann sei es naheliegend, christlichen Werten und Wertvorstellungen Gesetzeskraft zu verleihen, wie dies in der Vergangenheit von national-katholischen Politikern im Einklang mit dem Episkopat versucht worden war, doch dies letztlich zum Schaden der Kirche.

Zur Erinnerung: Polens Kirche, die zu kommunistischen Zeiten als Sprecherin der Nation in hohem Ansehen stand, erlitt nach der politischen Wende 1989/90 in wenigen Jahren einen beachtlichen Autoritätsverlust. Durch die Art und Weise, wie sie damals an den politischen Instanzen vorbei die Einführung eines schulischen Religionsunterrichts betrieb, in der Abtreibungsfrage kompromisslos Stellung bezog, in den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen öffentlich Partei ergriff und sich für die Aufnahme „christlicher Werte“ in Gesetzestexten aussprach, setzte sich Polens Kirche dem Verdacht aus, einen katholischen Bekenntnisstaat anzustreben – und provozierte damit eine lange währende gesellschaftspolitische Polarisierung sowie einen innerkirchlichen Konflikt.

Diese von Polens Kirche im Verhältnis zum nunmehr demokratischen Staat und zu einer zunehmend pluralistischen Gesellschaft verfolgte Strategie hat sich für sie nicht ausgezahlt; dieser Weg mündete in eine Sackgasse. Polens Hierarchie musste erleben, dass ihr die ihrer Meinung nach katholische Gesellschaft in ihrer Mehrheit auf dem eingeschlagenen Weg nicht folgte. Sie selbst wurde nun zum Gegenstand, aber auch zum Akteur öffentlicher Polemik und geriet im Zuge ihrer Politisierung wiederholt in die Gefahr einer politisch bedingten tief greifenden Spaltung.

Mit der Bildung der Arbeitsgruppe wollte Polens Kirchenführung offenbar einer erneuten Gefahr ihrer Politisierung und inneren Spaltung zuvorkommen. Aufgabe der Arbeitsgruppe sollte es sein, zu den Befürwortern einer Inthronisation Kontakt aufzunehmen und sie von ihrer Idee abzubringen. Dabei war man bemüht zu verdeutlichen, dass der Seligsprechungsprozess der Mystikerin Rozalia Celakowna keine kirchliche Anerkennung ihrer Privatoffenbarungen besagt. Zudem müsse der historische Kontext berücksichtigt werden, der auf die gegenwärtige gesellschaftspolitische Situation nicht einfach übertragbar sei, was einer Relativierung jener Aussagen gleichkomme. Im Übrigen begehe ja die Kirche längst das Christkönigsfest, so dass für eine Inthronisation kein Anlass bestehe. Doch die seitens der Arbeitsgruppe vorgebrachten Argumente überzeugten die Anhänger einer speziellen Inthronisation nicht. Im Gegenteil: Erzbischof Gołębiewski bekam mit zahlreichen Protestbriefen deren Unmut zu spüren, und die Inthronisationsbewegung breitete sich weiter aus.

Die Inthronisation Jesu Christi – Rettung vor einer drohenden Apokalypse

Die Befürworter einer Inthronisation verbreiten unter Berufung auf die Privatoffenbarungen von Rozalia Celakówna ein Angst erregendes endzeitliches Szenarium, bei dem bezüglich der Vergangenheit neben Faschismus und Kommunismus für die Jetztzeit „Liberalismus“ und „Globalisierung“ als apokalyptische Reiter auftreten. Und auch die Flugzeugkatastrophe vom 10. April, bei der knapp hundert hochrangige polnische Persönlichkeiten, unter ihnen Präsident Lech Kaczyński, ums Leben kamen, spielt in diesem Zusammenhang eine besondere Rol-

le; sie sei ein warnendes Signal, Polen durch die Inthronisation vor neuem Unheil zu bewahren.

Inzwischen haben sich in Polen verschiedene Gruppierungen gebildet, deren Ziel es ist, die in den Privatoffenbarungen von Rozalia Celakówna enthaltene Forderung nach einer Inthronisation Jesu Christi als König Polens in die Tat umzusetzen. Eine besondere Betrachtung verdienen in diesem Kontext die Aktivitäten des Priesters und habilitierten Theologen Piotr Natanek. Er unterhält ein eigenes religiöses Zentrum. Wer möchte, kann sich seine zahlreichen Predigten und Aufrufe in deutscher Synchronisation im Internet anhören. Sie haben gleichfalls einen starken endzeitlichen, apokalyptischen Charakter. So sieht Natanek beispielsweise in den USA, dem westlichen Europa und dem reichen Japan das Babylon der Apokalypse unserer Tage verwirklicht. Die dunklen Mächte würden „triumphieren“, und es werde „eine große Strafe geben“, so dass „nur wenige treu bleiben.“ Dennoch sei „die Rettung unserer Zivilisation möglich“, wenn wir uns bekehren und dem Auftrag entsprechen, Jesus Christus als König Polens und der Welt zu inthronisieren.

2010 richtete Natanek einen „Offenen Brief an die polnischen Bischöfe, an den Präsidenten sowie an den Premier“, in dem er die Inthronisation einforderte und neben einer umfassenden Bekehrung den Vorrang des göttlichen Rechts gegenüber staatlicher Gesetzgebung verlangte – was praktisch bedeuten würde, mühsam erreichte politische Kompromisse, wie etwa in der Abtreibungsfrage, aufzukündigen und eine erneute Polarisierung der keineswegs durchgängig katholischen Gesellschaft Polens in Kauf zu nehmen.

2009 sah sich Kardinal Stanisław Dziwisz, Nataneks Ordinarius, veranlasst, eine Kommission einzuberufen, um dessen Aussagen und Aktivitäten auf ihre Rechtgläubigkeit zu überprüfen. Diese kam zu einer negativen Einschätzung der Tätigkeit von Natanek, woraufhin ihm der Kardinal jede weitere Aktivität in dessen religiösem Zentrum untersagte. Als Natanek diesem Verbot nicht nachkam und den Kardinal zudem der Freimaurerei beschuldigte, wurde er 2011 suspendiert.

Natanek hat in seinem in den Beskiden gelegenen Zentrum weiterhin großen Zulauf. In besonderer Treue zu ihm steht die von ihm gegründete „Ritterschaft“. Ihre Mitglieder, Männer wie Frauen, sind an ihrer roten Umwandung mit Kreuz und Jesusbild sowie mit dem Abbild des weißen Adlers als Zeichen ihres Patriotismus zu erkennen. Zu den Verpflichtungen dieser „Ritter“ zählen das tägliche Gebet um die Inthronisation sowie die wöchentliche Begehung des Kreuzweges. Sie grüßen einander mit „Herrsche über uns, Christus“ und der Erwiderung „Immer und überall“. Über 3000 solcher „Ritter“ soll es bereits geben, davon auch etliche im Ausland. In einem Brief zur feierlichen Einkleidung von „Rittern“ aus dem Jahr 2010 äußerte sich Natanek wie folgt: „Die Inthronisation ist eine politische, soziale und ökonomische Revolution. Sie ist eine totale Erneuerung in Jesus Christus sowie die Unterwerfung unter ihn als König sowie unter sein Gesetz gemäß Gottes Plänen.“

Natanek schwört seine „Ritter“ auf Leid und Verfolgung ein. Am Christkönigsfest, dem Tag ihres Treueschwurs, rief er seine „Ritter“ dazu auf, „sich von Gott in einen Krieg gegen die ganze Welt führen“ zu lassen. Einen ersten „Märtyrer“ habe die „Ritterschaft“ bereits, einen der Ihren, der vom Ortspfarrer der Kirche verwiesen wurde, dadurch einen Herzinfarkt erlitt und verstarb.

Nataneks „Ritter“ erregen in der Öffentlichkeit durch Manifestationen und Märsche immer wieder Aufmerksamkeit. So etwa 2011 beim Deutschlandbesuch von Papst Benedikt XVI., als ihn eine größere Gruppe von Polen in ihren roten Umhängen vor den Toren des Berliner Olympiastadions erwartete und bei seinem Eintreffen laut rief, Johannes Paul II. habe die Kirche verraten, weil er sich weigerte, Christus als König Polens zu inthronisieren.

Hirtenbrief des polnischen Episkopats „zur Königsherrschaft Jesu Christi“

Als Reaktion auf die zunehmenden Bemühungen national-katholischer Gruppierungen innerhalb der Kirche, eine Inthronisation Jesu Christi als König Polens zu erzwingen, erließ der Episkopat zum Christkönigsfest 2012 einen Hirtenbrief. Einleitend bemängelt er, dass es „leider von Beginn an an einem tiefen Verständnis der königlichen Würde Christi mangelt“.

Angesichts der mit einer Inthronisation verbundenen Gefahr einer politischen Instrumentalisierung des Königtums Christi verweisen die Bischöfe auf den Versuch der Israeliten, Jesus nach der Brotvermehrung in ihre Gewalt zu bringen und zum König zu machen – ein Versuch, dem Jesus sich entzog (Joh 6, 14f.). Zudem berufen sie sich auf die Aussage Jesu vor Pilatus „mein Reich ist nicht von dieser Welt“ (Joh 18,36). Nach einer ausführlichen Darlegung der alttestamentlichen und neutestamentlichen Grundlagen der Königsherrschaft Gottes und des von Jesus verkündeten Reiches Gottes endet der Brief mit „pastoralen Schlussfolgerungen“: „Seit dem Moment der Ankunft Christi verwirklicht sich in der Welt das Reich Gottes. Dieses hat nichts gemein mit irgendwelchen Formen menschlicher Herrschaft in der Welt. [...] Zu denken, es genüge, Christus als den König Polens auszurufen, und alles wendet sich zum Besseren, muss man für das Verständnis und die Verwirklichung der Erlösung Christi in der Welt für illusorisch, ja geradezu für schädlich erachten.“ [...]

Die Bischöfe betonen, dass es vielmehr darauf ankomme, Jesus in seiner Liebe nachzufolgen und „denen Gehorsam zu leisten, die er als Hirten eingesetzt hat.“ Und sie bekräftigen nochmals ihre negative Einstellung zu einer speziellen Inthronisation: „Es ist somit nicht erforderlich, Christus als König auszurufen, ihn zu inthronisieren.“ Deutlicher lässt sich wohl kaum ihre Ablehnung formulieren.

Kurswechsel des Episkopats

Polens Bischöfe sind nicht dafür bekannt, einmal getroffene Entscheidungen wieder rückgängig zu machen. Im Falle der Inthronisation taten sie es. Dass sie es taten, dafür musste es triftige Gründe geben. So verweist der Oppelner Bischof Andrzej Czaja auf die erwähnte Aktion der „Ritter“ vor den Toren des Berliner Olympiastadions. Ihm sei dadurch klar geworden, dass die Inthronisations-Bewegung der Kirche zu entgleiten drohe, so dass er sich entschlossen habe, den Dialog mit ihren verschiedenen Gruppierungen zu suchen. Andernfalls würde man in große Schwierigkeiten geraten.

Dem erklärten Ziel, über die sich ausbreitende Inthronisations-Bewegung die Kontrolle zu gewinnen, diene die 2013 vorgenommene Neufassung der Arbeitsgruppe. In ihrem Titel wurde ihre Ausrichtung auf die gesellschaftlichen Aspekte einer Inthronisation gestrichen. Den Vorsitz übernahm Bischof Czaja. Zu ihren Mitgliedern zählen weitere Bischöfe, in der Mehrzahl solche, in deren Bistümern die Inthronisations-Bewegung aktiv ist. Einige von ihnen – wie Erzbischof Andrzej Dzięga – stehen einer Inthronisation durchaus positiv gegenüber. So hatte der Bürgermeister der zur Diözese von Erzbischof Dzięga gehörenden Ortschaft Goleniów einen feierlichen Akt der Inthronisation vollzogen und „Stadt und Gemeinde Jesus Christus, dem König des Weltalls“ anvertraut. Während sich der Stadtrat jeder Stellungnahme enthielt, protestierte die lokale Opposition und sah in dieser Handlung eine Überschreitung der Amtskompetenz des Bürgermeisters. Erzbischof Dzięga stellte sich seinerseits ausdrücklich hinter ihn: „Er hat das Recht, seinen Glauben auch in Verbindung mit dem zu bekennen, wofür er täglich lebt, was er täglich wirkt und was er täglich verantwortet.“

Letztlich dürfte es Polens Kirche durch ihr Entgegenkommen darum gehen, ein drohendes Schisma abzuwenden, das ja im Kern bereits durch Nataneks Aktivitäten besteht. So pflegt denn besagte Arbeitsgruppe einen engen Kontakt mit sieben unterschiedlichen Inthronisations-Bewegungen, nicht aber mit Natanek und seinen „Rittern“. In diesem Rahmen fand im Oktober 2015 im Paulinerkloster auf der Jasna Góra ein gemeinsames Symposium statt, auf dem die Vertreter der Inthronisations-Bewegung ihren Standpunkt darlegen konnten. Zur Eröffnung verlas einer ihrer Vertreter einen vorbereiteten Text, in dem es u. a. heißt: „Wenn der Mensch vergisst, wer der Gesetzgeber ist, dann beginnt er, Gottes Gesetze auszuhebeln und sie durch eigene zu ersetzen. Wir leben in Zeiten der Demokratie, in der man meint, dass der Mensch Gesetzgeber ist, dass der Mensch das Recht besitzt, Gottes Gesetze zu verändern. Das ist nichts anderes als ein Ausdruck von Auflehnung und Kampf gegen Gott, eine Auflehnung, die sich ständig ereignet und in unseren Zeiten ein entsetzliches Ausmaß angenommen hat, ein globales Handeln des massenhaft Bösen, das sämtliche christlichen Werte vernich-

tet.“³⁴ Diese Aussagen, die im Kern auf eine Überprüfung des Verhältnisses von Kirche und Demokratie zielen und zu einer Neuauflage der gesellschaftspolitischen wie innerkirchlichen Auseinandersetzungen der 1990er Jahre führen könnten, wurden von den Vertretern der Inthronisations-Bewegung mit Beifall bedacht.

Angesichts der Einstellung und der Aktivitäten der Inthronisations-Bewegung fragt man sich, ob und wie ein Kompromiss zwischen ihr und der Auffassung des Episkopats möglich ist. Polens Bischöfe zeigen sich zwar bereit zu einem speziellen Akt der Inthronisation Jesu Christi, nicht aber zu seiner Ausrufung als König Polens. Sie möchten unter allen Umständen eine politische Deutung und Instrumentalisierung des geplanten Aktes vermeiden. Man wird gespannt sein dürfen, ob der Versuch gelingt, mit der Inthronisation in Wahrung einer goldenen Mitte einerseits den Anspruch auf einen katholischen Bekenntnisstaat zu vermeiden, andererseits gegen die Auffassung von einem laizistischen, die Religion in die Privatsphäre verbannenden Staatswesens auf der gesellschaftlichen Relevanz der christlichen Botschaft zu bestehen. Man wird gespannt sein dürfen, ob sich die Vertreter der Inthronisations-Bewegung mit diesem Entgegenkommen des Episkopats zufrieden geben oder ob der Streit um die Inthronisation nach vollzogenem Akt weiter geht.

³⁴ Artur Sporniak, Pprzesłuchanie w sprawie Chrystusa króla (Anhörung in der Sache Christus König), Tygodnik Powszechny v. 7./14. Februar 2015, S. 31-33. Der Artikel von A. Sporniak bildet in weiten Teilen die Grundlage meiner Ausführungen.